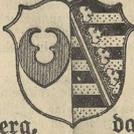


Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sorwagblatt“ und „Illustriertes Anzeigerblatt“ — Bezugspreis Monatlich für Abholer und „Illustriertes Anzeigerblatt“ 1,15 M., durch Post 1,35 M., — Im Falle höherer Gewalt / Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg., / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. Das Zahlen, ausgiebig Postgebühren / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 117

Dienstag, den 4. Oktober 1932

34. Jahrg.

Donnerstag, den 6. Oktober,

Schweinemarkt

in Kemberg. Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr. Kemberg, den 30. September 1932. 144] **Magistrat.**

Die Lichtmasten-Anfuhr

vom Stadtfork Döppin (ca. 11 km) ist zu vergeben. Schriftliche Angebote erbiten wir bis spätestens 5. Oktober (abends). Kemberg, den 3. Oktober 1932. 145] **Der Magistrat.**

Personenstandsaufnahme

am 10. Oktober 1932.

An die Hausbesitzer werden zur Personenstandsaufnahme **Gauslisten, Saushaltungslisten und Betriebsblätter** verteilt. Die Gauslisten sind von den Gauseigentümern auszufertigen, die Betriebsblätter von den Betriebsinhabern. Ferner hat jeder Familienvorstand, auch jede alleinlebende Person, eine Saushaltungsliste auszufüllen und dem Hausbesitzer zu übergeben. Zur Vermeidung von Rückfragen und Weiterungen müssen sämtliche Vordrucke lückenlos ausgefüllt werden. **Spätestens bis zum 15. Oktober sind die Listen im Magistratsbüro abzugeben.** Kemberg, den 3. Oktober 1932. **Der Magistrat.**

Hindenburgs Ehrentag

Glückwünsche aus aller Welt. — Empfang des Reichszanlers und des Reichswehrministers. — Begeisterter Anteilnahme der Berliner Bevölkerung. Berlin, 3. Oktober.

Die Reichshauptstadt bot aus Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg ein festliches Bild. Alle Amtsgebäude, Botenposten und Befehlshäuser sowie zahlreiche Geschäfts- und Privathäuser hatten reichen Flaggen Schmuck angelegt. In der Innenstadt, besonders in der Wilhelmstraße, herrschte vom frühen Morgen an reges Leben. Den Auftakt zur Geburtstagsfeier gab das Wachregiment Berlin mit dem Großen Wehen.

Im Reichstagspalast, in dem der Reichspräsident während des Anlasses seines Palais Wohnung genommen hat, gingen im Laufe des Tages telegraphische und schriftliche Glückwünsche von fremden Staatsoberhäuptern, von Länderregierungen, von den Präsidenten des Reichstags und des Preussischen Landtags, von Provinzen, Städten, Verbänden, Vereinen und Persönlichkeiten aus dem In- und Auslande in sehr großer Zahl ein. Die beim Reich beurlaubten **Polkaffler** und **Geländler**, ebenso die Mitarbeiter des Reichsrats und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten trugen sich im Laufe des Sonntagvormittags in das im Hause des Reichspräsidenten ausliegende Belegbuch ein. Von offiziellen Empfängen wurde auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Reichspräsidenten abgesehen. Der Reichspräsident empfing lediglich zur Entgegennahme der Glückwünsche der Reichsleitung den Reichszanler und die Chefs der Heeres- und Marineleitung, die die Glückwünsche der Wehrmacht ausbrachten; vorher hatte Staatssekretär Dr. Meißner dem Reichspräsidenten die Glückwünsche der Beamten und Angestellten des Büros und des Hauses dargebracht.

Die Feier in der Kirche

Am Vormittag nahm der Herr Reichspräsident am Gottesdienst in der Alten Garnisonkirche teil, bei dem der Feldpredigt D. Schlegel die Predigt hielt. Der Predigt war zugrundegelegt der Spruch 2 Tim. 1. Vers 3, dem der Reichspräsident bei der ihm aus Anlaß des Tages der Alten Garnisonkirche gestifteten Altarfeier als Widmung gegeben hat: „Ich danke Gott, dem ich diene von meinen Voreltern her in reinem Gewissen.“

Auf der Rückfahrt von der Garnisonkirche legte der Herr Reichspräsident am Ehrenmal hinter den Linden in Gegenwart des Reichswehrministers und des Chefs der Heeres- und der Marineleitung einen Kranz nieder.

Fahnenkompagnie bei Hindenburg

Um 11.40 Uhr traf vor dem Alten Reichsanzler, in der dem Reichspräsident zur Zeit Wohnung genommen hat, eine Fahnenkompagnie der Wachtruppe Berlin ein, die die Fahnen der ehemaligen Regimente des Herrn Generalfeldmarschalls überbrachte, nämlich des Inf.-Regts. Generalfeldmarschalls von Hindenburg (2. Motorisches) Nr. 147, des

3. Garde-Regiments zu Fuß, des Oldenburgischen Inf.-Regts. Nr. 91. Der Reichspräsident trat, gefolgt von seiner militärischen Begleitung, auf die Wilhelmstraße und schritt die Front der Ehrenkompagnie ab. Sodann wurden die neun Fahnen in das Haus getragen, wo sie im Arbeitszimmer des Reichspräsidenten bis zum 3. Oktober verbleiben werden. Anschließend erfolgte der Vorbeimarsch der Ehrenkompagnie vor dem Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident, der Generalfeldmarschallsuniform trug, wurde sowohl bei seiner Fahrt zur und von der Garnisonkirche, ganz besonders in der Wilhelmstraße von einer zahlreichen Menschenmenge durch immer sich wiederholende begeisterte Hurras und Absingen des Deutschlandliedes begrüßt. Der Reichspräsident zeigte sich auf die ihm gestandenen Hurras öfters dankend am Fenster.

Den Nachmittag und Abend verbrachte der Herr Reichspräsident im Kreise seiner Familie, die sich mit Kindern, Enkeln und Urenkeln um ihn versammelt hatte.

Parade der Berliner Wachtruppe

Sonntagmittag fand auf dem Moabitser Exerzierplatz eine Parade der Wachtruppe statt, die der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I, General der Infanterie von Rundstedt abnahm. Nachdem der General die Front abgeschritten hatte, brachte er nach einer kurzen Ansprache in der er die Persönlichkeit des Reichspräsidenten würdigte ein dreifaches Hurra auf den Generalfeldmarschall von Hindenburg aus. Dann gingen die Kompagnien im Parade-schritt an ihrem Befehlshaber vorüber.

Zur selben Zeit fanden auf verschiedenen großen Plätzen Berlins Konzerte der Reichswehr statt. Im Dom hielten sich die Angehörigen des Schützen- und des Reichskriegerbundes Kaffhäuser zu einem Festgottesdienst zu Ehren des Reichspräsidenten versammelt. Zu beiden Seiten des Altars waren die Fahnen der beteiligten Verbände aufgestellt. Nachdem der Choral „Lobe den Herrn“ verklungen war, sprach D. Böring über die Persönlichkeit des Reichspräsidenten. Ein schliches Gebet mit dem gemeinsam gesprochenen Vaterunser schloß sich an.

Hindenburgs Geburtstagsgabe

Wie alljährlich seit fünf Jahren hat der Herr Reichspräsident an seinem fünfzigjährigen Geburtstag wiederum zahlreichem schwerer notleidenden Kriegsgeldkrediten, Kriegshinterbliebenen und Veteranen eine Freude bereitet. Fast 3000 Angehörigen dieser Verrentenkreise ließ er je 150 RM. aus der Hindenburg-Spende ausgeben.

Hindenburg-Feier in Kiel

Wie in allen anderen deutschen Garnisonen und Marinestandorten wurde auch in Kiel der 85. Geburtstag des Reichspräsidenten festlich begangen. Nach den militärischen Gottesdiensten in den Garnisonkirchen fand in den Kasernenhöfen in der Witte eine Parade der Standoortruppen statt, an den auch die zum 1. Oktober neuangelegten Mannschaften, die noch in Zivil, teilnahmen. Der neue Chef der Marineinfanterie der Ostsee, Kommodant Albrecht, gedachte in einer Ansprache dankbar des Tages, an dem vor 85 Jahren in der deutschen Grenzmark des Ostens unser Reichspräsident geboren wurde. Die Reichsmarine feierte zusammen mit dem deutschen Volk mit Stolz diesen Tag und wünschte dem Reichspräsidenten, daß er noch lange Zeit mit kluger und fester Hand die Geschicke Deutschlands lenken möge. In ähnlicher Weise wurde auf den im Hafen liegenden Schiffen die reichen Flaggen schmuck trugen, durch Ansprachen der Kommandanten des Tages gedacht.

Glückwünsche an Hindenburg

Reichskommissar Dr. Bracht hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgende Telegramm gerichtet: „Eure Excellenz beehre ich mich namens des preussischen Staatsministeriums zum 85. Geburtstag aufrichtigste Glückwünsche auszusprechen. Möge der Allmächtige Eure Gesundheit dem deutschen Volk noch lange Jahre in bester Gesundheit erhalten.“

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hess hat dem Reichspräsidenten namens der bayerischen Staatsregierung die warmsten Glück- und Segenswünsche ausgesprochen. In den Glückwunschschriften heißt es unter anderem: Eure Excellenz waren der ruhmreiche Führer und Retter Deutschlands im Weltkrieg und in den bange Tagen des Zusammenbruchs; Eure Excellenz haben Ihr ganzes Leben in selbstloser Hingabe und Befehl von höchstem Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein in den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellt. In größter Verehrung und Dank des bayerischen Volk an dem Jubeltage Ihrer unvergänglichen Verdienste.

Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags hat an Reichspräsident von Hindenburg zu seinem 85. Geburtstage folgendes Glückwunschschrift gerichtet: „Dem Generalfeldmarschall des großen Helden herzliche Glückwünsche und die Bitte: Mit Adolf Hitler für ein starkes Deutschland. Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags. gez. Wilhelm Kube.“

Der Präsident des Preussischen Landtags Kertl hat an den Reichspräsidenten folgendes Glückwunschschrift gerichtet: „Hochzuverehrender Herr Generalfeldmarschall und Reichspräsident! Zu der Vollendung des 85. Lebensjahres

bitte ich, Eure Excellenz namens des Präsidiums des Preussischen Landtags und zugleich in eigenem Namen ehrerbietige Glückwünsche aussprechen zu dürfen. Möge das kommende Jahr Eure Excellenz die unentwegte Gesundheit und Mithilffigkeit erhalten und die politischen Erfolge beschützen, die unserm kühnergeprüften deutschen Volk den erdglühenden Wiederaufstieg sichern. In ehrerbietiger Hochachtung. E. Excellenz hoch ergebener gez. Kertl, Präsident des Preussischen Landtags.“

Der Gruß der Fronsofaldatenbände

Der Stahlhelm, der Jungweibliche Orden und der Deutsche Reichskriegerbund „K. G. A. U. F.“ beschloßen, ein gemeinsames Telegramm an Reichspräsident von Hindenburg zu senden, in dem es u. a. heißt: „Mit unseren gemeinsamen Glückwünschen wollen wir dem Herrn Reichspräsidenten zeigen, wie hinter ihm unzählige Deutsche, alte und junge, sich zusammenschließen, die von einer starken Staatsführung die Befreiung aus Knechtschaft und sozialer Not erhoffen.“ Dem Telegramm der Fronsofaldatenbände hat sich eine Reihe anderer Organisationen angeschlossen, darunter der Bayerische Heimatschutz, „Die Gefolgshafte“ des Kapitäns Ehemaliger Reichsoffiziers und die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgesangener.

Weitere Glückwünsche sandten u. a. der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Deutschnationalistische Volkspartei, in deren Namen Geheimrat Hugenberg dem Reichspräsidenten besonders dafür dankt, daß er am Tannenbaum-Feiertag die Bitte von den deutschen Kriegsgeldkrediten erfüllt habe. „Die weltgeschichtlichen Aufgaben der Gegenwart“, so heißt es in dem Telegramm Hugenbergs, „sind nur auf der Grundlage schärfster Arbeit, sozialer Gerechtigkeit sowie innerer und wehrpolitischer Gleichberechtigung zu lösen. Sie erfordern eine starke, stetige, wirklich autorisierte Staatsführung.“

Der Glückwunsch des Reichstags

Berlin, 2. Oktober. Reichstagspräsident Göring hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Hochzuverehrender Herr Generalfeldmarschall und Reichspräsident! Zum heutigen Tage an dem E. Excellenz 85. Lebensjahr vollenden, beehre ich mich, in meinem sowie im Namen des zurzeit geschäftsführenden Präsidiums des Reichstages E. Excellenz ehrerbietige und aufrichtige Glückwünsche auszusprechen. Möge Ihnen durch Gottes Gnade auch im kommenden Lebensjahre Gesundheit und Kraft erhalten bleiben, damit Sie, Herr Generalfeldmarschall, weiterhin Ihres hohen und verantwortungsvollen Amtes zum Wohle unseres Volkes und Vaterlandes werten können. In ausgesprochenster Hochachtung und aufrichtiger Verehrung habe ich die Ehre, zu sein E. Excellenz sehr ergebener gez. Hermann Göring.“

Glückwünsche des Bundes der Saarvereine

Aus Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg haben der Bund der Saarvereine und die Geschichtliche Saar-Bewegung ein Glückwunschschrift gerichtet, in dem es heißt:

„Das Saargebiet steht in Ihnen den Wahrer seines Rechts, den unermüdlichen Förderer seiner nationalen und wirtschaftlichen Freiheit. Sie sind des deutschen Volkes Symbol der Einheit und des nationalen Willens. Mit dem ganzen deutschen Volk verbinden wir daher unseren herzlichsten Wunsch: Gott gebe Ihnen Kraft und Gesundheit, um noch lange Deutschlands Führer zu Freiheit, Ehre und Größe und des Saarvolkes Erretter sein zu können. Saardeutsches Glück!“

Hindenburg-Feier in Amerika

Washington, 3. Oktober. Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg fand in der hiesigen deutschen Concordia-Kirche ein Festgottesdienst statt, dem der deutsche Geschäftsträger und die übrigen Mitglieder der deutschen Botschaft teilnahmen. Festpredigt wurde in der Gegenwart von Hauptgruppe der Stahlbetonwerkverantfaltung am Abend ein Festkonzert und einen Fackelzug.

Führer des ganzen Volkes

Papen zu Hindenburgs Geburtstags.

Berlin, 2. Oktober. Der Reichszanler veröffentlicht aus Anlaß des Geburtstages Hindenburgs ein „Heimatsdienst“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

An dem Dasein Hindenburgs haben sich in den Jahren seiner Präsidentenschaft die politischen Anschauungen des deutschen Volkes mitgeteilt; sie haben an ihm eine unverrückbare Grenze gefunden. Die verschiedenen Parteien haben an Hindenburg Hoffnungen befestigt, die geknüpft und alle haben die gleiche Enttäuschung erlebt.

Nichts könnte vielleicht überzeugender, als dieser eigene Stellung anderer Reichspräsidenten erweisen, als dieser allgemeine Vorgang einer Zurückweisung einzelner Sonderwünsche und Sonderinteressen.

Das deutsche Volk lüdt seinen vielfältigen Willen durch seine Führer auszudrücken. Es hat verschiedene Führer gewählt und mehrere politische Parteien gebildet. Sie alle haben ihren Sinn. Jedes dieser Banner stellt eine besondere Eigenart, eine besondere Willensrichtung des deutschen Volkes dar. Aber alle zusammen erzeugen keine politische Einheit, jedenfalls nicht von ihrem Eigennamen her.

Warum konnte und durfte Hindenburg nicht der Führer einer politischen Frontstellung sein?

Weil Hindenburg dem ganzen Volke gehört, weil er die Einheit des Reiches über den Widerstreit des Volkswillens lebendig verkörpern muß. Sein Dasein, das über allen die sich zum deutschen Volke zählen, ruhig ausgebreitet ist, schloß uns davon, daß wir in den inneren Kämpfen und Gegenständen, die notwendig ausgetragenen werden müssen, einem Bürgerkrieg verfallen. Indem Hindenburg selbst diese Gegenstände auf sich nimmt und innerlich überwindet, bewahrt er, er allein, uns so das Vorbild und die Bürgerpflicht unserer Einheit.

Je stärker und gefährlicher die Gegenstände im Volke aufrufen, um so stärker mußte die Abhängigkeit der einzigen Reichsgewalt und ihres Trägers hervorstrahlen.

Den von unten her drängenden Energien des Volkswillens mußten von oben her lösende und bindende Energien des Staatswillens entgegenwirken. Hindenburg vollzog in diesem Sommer entschlossen die Wendung; erst, so schien es, einseitig nach rechts, seit dem 13. August wurde es dann offenbar, daß sein Entschluß ein Schritt hinauf war zu einer neuen Form der Staatsführung. Wir stehen mitten in dieser Entwicklung, und das Erneuerungswerk fällt in das neue Leben der Reichsmacht.

Man hat fälschlich gemeint, dieser Weg führe von Volkseinstimmigkeit zu den Formen einer langfristigen verordneten politischen Ordnung.

Darüber sieht heute noch niemand ein Urteil zu. Wir erleben bisher nur den Konflikt mit dem Reichstag und den Parteien. Reichspräsident und Reichstag gehören zusammen, diese Verfassung bleibt bestehen, ebenso wie die andere, daß der Reichspräsident dem ganzen Volke gehört. Aber diese Verfassung ist heute vom Reichstag einguldet.

Seien wir dankbar, daß Hindenburg uns das Reich zusammenhält, bis der innere Streit des Volkes zu einer Klärung geführt und die unwidrigen Kräfte eine neue Form gefunden haben.

Aber so lange wird er herrschen müssen und dafür sorgen, daß jede politische Bewegung sich der Grenzen der Volksgemeinschaft wieder bewußt wird. Wer das Diktator nennt, der verkennt den Willen Hindenburgs. Über der Reichspräsident ist dem deutschen Volke schuldig, daß die Reichsgewalt nicht entwirrt wird zu einem Wanderspiel für den Willkür der Parteien und die Gunst der aufbegehren Massen. Hindenburg wird hart bleiben in der Forderung, daß jeder, der am Deutschen Reich mitarbeiten will, Selbstüberwindung übt.

Denn die Vertreter des Reiches sind nicht zum Herrschen eingerichtete, sondern zum Dienst am Volke, am ganzen Volk. Zu diesem Dienst hat sich die Reichsregierung dem Herrn Reichspräsidenten verpflichtet, und sie wird danach handeln, bis Hindenburg sie wieder aus ihrer Pflicht entläßt.

Die Jugendertüchtigung

Eine Erklärung des Reichslandwirtschaftsministeriums. — Mitte Oktober Bildung des Kuratoriums.

Berlin, 3. Oktober.

Gegenüber einigen irrigen Gerüchten, die über das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung im Umlauf sind, wird vom Reichsminister des Innern mitgeteilt, daß eine Ernennung von Mitgliedern des Kuratoriums bisher noch nicht erfolgt ist, daß aber etwa für Mitte Oktober mit der Bildung des Kuratoriums zu rechnen ist. Vorher soll noch eine Besprechung mit den Landesregierungen stattfinden, auf deren Mitarbeit besonderer Wert gelegt wird.

Der Reichsminister weist darauf hin, daß sich zahlreiche große und kleine Verbände zur Mitarbeit bereit erklärt haben und betont nachdrücklich, daß die in der Weisung enthaltenen Forderungen, die im Hinblick auf die Verbände auszuführen, ebensowenig soll das Eingehen der Bünde irgendeine Beeinträchtigung werden. Daß es sich bei dem Gefährdungsplan nicht um eine militärische Ausbildung handelt, habe bereits der Reichsminister in seiner Erwiderung auf die unverständlichen Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten Herriot erklärt.

Kampf um die Gleichberechtigung

Neurath über seine Genfer Tätigkeit.

Berlin, 1. Oktober.

Vor der Presse sprach Reichsaussenminister von Neurath über seine Tätigkeit in Genf. Er wies darauf hin, daß der äußere Anlaß seiner Genfer Anwesenheit die Teilnahme als deutscher Vertreter an der Ratstagung und der Bundesversammlung war.

Der Minister wies darauf hin, daß der Hergang des Kampfes um unsere Gleichberechtigung ja bekannt sei. Er führte dann weiter hierzu aus: Wir haben schon vor der Abrüstungskonferenz und während derselben wiederholt mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß wir uns nur an einem allgemeinen Abrüstungsabkommen beteiligen können, das für uns in gleicher Weise wie für die anderen Staaten gilt.

Dieses Abkommen muß der einseitigen Diskriminierung Deutschlands auf dem Wehrgebiet ein Ende machen.

Solange Aussicht bestand, daß die allgemeine Abrüstung sich nach dem Muster unserer eigenen vollziehen würde, war die Frage unserer Gleichberechtigung nicht akut. Sie wurde akut durch die bekannte Vertragsresolution vom 23. Juli, durch die eindeutig klar wurde, daß die anderen Mächte nicht daran dachten, die weitgehenden Bindungen ihrer Wehrfreiheit zu übernehmen, wie wir sie tragen. Deshalb haben wir die weitere Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen von der ausdrücklichen Anerkennung unserer Gleichberechtigung abhängig gemacht. Die französische Regierung hat uns des Willens zur Zustimmung bezeugt. Der französische Ministerpräsident hat in seiner Rede in Gramat diesen Vorwurf wiederholt. Der Reichsminister hat ihn entschieden und ausführlich zurückgewiesen. Im Genf hatte ich Gelegenheit, mit dem englischen Außenminister Sir John Simon, dem italienischen Vertreter Alfano und dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson sowie mit zahlreichen Vertretern anderer Staaten über die Abrüstung zu sprechen.

Herrn Simon habe ich meine Meinung über seine Antwort auf unser Memorandum vom 29. August nicht verhehlt und ihm klar gemacht, daß wir seine juristische Debatte nicht anerkennen können. Sie habe ferner ihm und den anderen Vertretern keinen Zweifel darüber gelassen, daß ohne eine einmündige Klarstellung der Frage unserer Gleichberechtigung von unserer Wehrberechtigung an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht die Rede sein kann.

Der Reichsaussenminister bezeugte ferner meine Besprechungen mit dem Vertreter der italienischen Regierung, die wiederum ein erfreuliches Verständnis Italiens für den deutschen Standpunkt ergeben hätten.

Was seine (des Ministers) Haltung gegenüber Herriot betrafte, so sei er seinem Gespräch mit Herriot ausgewichen, habe jedoch Herriot wissen lassen, daß, wenn Herriot ihm etwas zu sagen hätte, er, der Minister, ihm jederzeit dazu zur Verfügung stehen würde.

Von dieser Möglichkeit habe Herriot aber keinen Gebrauch gemacht.

Abschließend bemerkte der Minister, es liege nunmehr an den anderen Staaten, Deutschland Angebote zu machen. Was Deutschland zu sagen gehabt habe, sei in dem letzten deutschen Memorandum eindeutig genug zum Ausdruck gebracht worden. Wenn Herriot jetzt Deutschland unangehörige Vorwürfe mache und es zu verächtlichen Verleumdungen der französischen Ministerpräsidenten damit nicht die Tatkraft verdecken, daß die Abrüstungskonferenz nach sechs Monaten völlig ergebnislos geblieben ist, und daß inzwischen die Rüstungen der anderen Staaten ungeschwächt weitergegangen sind.

Demgegenüber beharre Deutschland auf seinem Standpunkt.

Seine deutsche Regierung werde auf das Lebensrecht der Nation sich Sicherheit verschaffen und die Bundesvereidigung auszubauen, verstanden können. Zu der Frage, wie es jetzt weitergehen soll, führte der Minister aus:

Unser Standpunkt ist den anderen Mächten bekannt. Wir werden uns an den Verhandlungen der allgemeinen Abrüstungskonferenz so lange nicht beteiligen, bis wir die nötigen Sicherungen dafür haben, daß unsere Gleichberechtigung von keiner Seite mehr in Zweifel gezogen wird. Es muß volle Klarheit darüber bestehen, daß die Allgemeine Abrüstungskonferenz für uns ebenso gilt wie für die anderen Staaten, und daß uns künftig keinerlei diskriminierende Ausnahmestellung zugeworfen wird.

Die Gleichberechtigungsforderung

Furcht vor Deutschlands Wehrverlängerung.

London, 2. Oktober.

Die englische Zeitung „Times“ veröffentlicht einen längeren Brief eines ehemaligen Mitgliedes der Kontrollkommission des früheren Generalstabes in London.

Der Verfasser führt darin aus, wenn man sich mit Deutschland über die Gleichberechtigungsforderung nicht baldig einig werde, die Folge sei, daß die deutsche Armee binnen kurzem wieder die stärkste Armee Europas sein werde.

General von Schleibers fürzliche Weisungen ließen denen, die an den Arbeiten der Kontrollkommission teilgenommen hätten, keinen Zweifel darüber, wo dieser Krieg beginnen würde. Der Briefschreiber ist der Meinung, daß dieses System zum mindesten die Bewaffnung von Millionen von Männern, wenigstens mit kleinen Waffen bedeute.

Er bezieht sich auf Weisungen des Generals von Seckl dem Stahlhelm gegenüber, daß die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt werden würde. General von Seckl dem Stahlhelm gegenüber nach der Niederlegung seines Oberkommandos die gleichen Weisungen gelan.

Da der Stahlhelm als eine Verkörperung der alten Armee von der jetzigen deutschen Regierung anerkannt worden sei, seien diese Weisungen nicht mißzuverstehen. Der Verfasser gibt zu, daß die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht unannehmbar auf Rüstungsbeschränkungen sei, aber der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung würde bei notwendigerweise im Falle einer Wiedereinführung dieses Systems dazu führen, daß Deutschland eine weit größere Armee besitzt als Frankreich. Schließlich befaßt sich General Morgan noch mit der kürzlich erfolgten Einführung der „deutschen Jugendertüchtigung“. Er erklärt, wenn dieses System noch augenblicklich nicht obligatorisch ist, würde schließlich doch ein moralischer Zwang dabei sein.

Ein englischer Schritt

Vor dem Wochenende hielt MacDonald noch eine Rabinetsitzung ab, in der u. a. auch die deutsch-französische Meinungsverschiedenheit in der Abrüstungsfrage besprochen worden sei.

In Rabinetsitzungen herrsche, so berichtet ein Korrespondent, ziemlich einseitig die Ansicht, daß bald ein neuer Versuch unternommen werden sollte, die gegenwärtige Stockung zu beenden und daß ein solcher Schritt nur von England unternommen werden könne. Ueber den besten Weg herrsche jedoch keineswegs Klarheit, und die Erfolgsaussichten dürften im Augenblick jedenfalls gering sein.

„Ohne Gleichberechtigung — keine feste Ordnung in Europa!“

Paris, 2. Oktober.

Die Pariser Zeitung „La Republique“ veröffentlicht eine Weisung des Generalstabschefs der französischen Armee für Ritterburg, Robert Lange, über ein Gespräch mit dem Reichsminister. Danach hat Herr von Papen, als die Sprache auf die augenblicklichen Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern kam, auf seinen in Lausanne Herriot gemachten Vorschlag hingewiesen, durch Abschluß eines Konventionspactes dem vorzubeugen, daß durch irgendein Sondervergehen das gegenseitige Verhältnis getrübt werde.

Weiter habe der Kanzler mit besonderer Betonung zum Ausdruck gebracht, daß ohne Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiet der Rüstungen eine feste Ordnung in Europa nicht möglich sei.

Deutschland wünsche keineswegs aufzurufen, es wolle lediglich nicht von den unbedingt notwendigen Sicherheitselementen entbehrt sein, wo die übrigen Länder befamtermaßen mit allem modernen Kriegsmaterial versehen seien. Die Staatsmänner der Welt, die die öffentliche Meinung ihrer Länder zu beeinflussen hätten, müßten nach Anerkennung der Gleichberechtigung und Berücksichtigung keinerlei Angriffsabsichten zu hagen, zu einer Lösung gelangen, die den berechtigten deutschen Forderungen genügen könne.

Es sei nunmehr Sache der anderen Mächte, eine solche Lösung zu finden; dabei sei notwendigerweise loyal und direkter Meinungsaustausch zwischen den Vertretern beider Länder weiter fortzusetzen, um ein besseres Verständnis für die beiderseitigen Standpunkte zu ermöglichen.

Denn, so schloß Herr von Papen, er bleibe von dem Wunsch befehle, für den Frieden zu arbeiten, und er erwarte, daß eine Basis gefunden werde, die Deutschland die Teilnahme an der Abrüstungskonferenz gestatten würde.

Der Aberglaube des Stefan Kampen

ROMAN VON KATHE BINKER

(33. Fortsetzung.) (Radstreck verboten.)

„Simmelbonnermeister, meine gnädige Frau.“ sagte Direktor Capry nach einigen Tagen. „Sie haben sich um zehn Jahre verjüngt. Söhlant wie eine Gerst! Babelhart! Warum hat man nur so lange nichts von Ihnen gehört?“ Er beugte sich über die gepflasterte schlanke Hand und küßte sie.“

Selena Kampen lagte, zeigte eine Reihe tödlich blauer Zähne, und ihr Mund bekam etwas Sinnlich-Würdevolles. „Weil mich niemand mehr haben wollte!“ erwiderte sie in abfälliger Ehrlichkeit. Dabei schaute sie ihn mit ihren großen schwarzen Augen, die von bezaubernder Schönheit waren, so intensiv an, und das Innerste geschah, der kleine, harte und stets gewandte Capry hätte verlegen wie ein Primaner zur Seite und bekam so etwas von Herzklopfen unter diesem schweren Blick. Sie befanden sich in Frau Kampens Garderobe. Von draußen schallte der Lärm des Meisters entgegen. Arbeiter und Kulisienhiebe richteten die neue Dekoration her, klopfen, hämmerten, rührten. Jemand trommelte auf einem verrosteten Klavier, Donna Clara, ein paar Witzle aus der Kommandospitze des Spieltheaters gellen durch die Glasscheibe aus nächster Nähe wurden Tönen geworfen. Eine Stimme rief: „Herr Kampen, bitte zur Aufnahme.“ — Selena jochte auf. Aberpudde noch einmal ganz leicht das bereits fertig gezeichnete Gesicht und erhob sich mit liebenswürdigem Lächeln. Ihre Eleganz und Raffigkeit waren verwirrend. Sie trug Gesellschaftsrobe, Schmale, blühende Diamantenkette auf dem glänzenden, silbernen Halsband. Stefan hat mir noch keinen Augen vorgeschalt. Enttäusender Bengel! Wir haben ihn freundschaftlich geschlossen. Er arbeitet im Atelier I. Der Regisseur braucht mich jetzt noch nicht. Wollen Sie mich begleiten?“ Ohne erst Caprys Antwort abzuwarten, rauschte sie hinaus, mit der Selbstverständlichkeit der grande dame, und der kleine Direktor

folgte ihr, etwas erschöpft, etwas verblüfft zwar, aber durchaus nicht unbedeutend.

22. Kapitel.

Im Atelier I wurde gerade eine Liebeszene gedreht. Sie spielte sich im Wintergarten ab, hinter Palmen und blühenden Blumen. Der junge Wolf Kampen, hübsch und elegant in seinem Frack, mußte um das verdörmte, reizende Fräulein eines amerikanischen Millionärs werben. Aber es wollte nicht glücken. „Bitte, noch einmal!“ rief der Regisseur. „Menschchen, das ist doch keine Verliebtheit, keine Zärtlichkeit, kein Beglücktes. Und vor allem: wegen Sie ist natürlich!“ Er schritt rasch ins Bildfeld, lagte noch ein paar Worte zu Kampen und spielte ihm nun selbst seine Rolle vor. Einlich Aufnahme! Ein Flammern von Kampen und schwenkenen glühte auf. Velle lachte der Apparat. Plötzlich dicht hinter der Kamera stand Selena Kampen, die Arme leicht in die Hüften gestemmt. Ihre Augen blinzelten unentwegt zu Wolf, ischarr, prüfend. „Es steckt viel Talent in ihm. Nur fehlt ihm in gewissen Dingen noch die Routine.“ flüsterte sie dem vor ihr stehenden Spielleiter leise ins Ohr. „Aber.“ fügte sie mit bedeutungsvollen Lächeln hinzu, „er wird es sehr rasch lernen!“

Als die Szene zu Ende gekuldet war, als die Filmlampen erloschen, trat Wolf Kampen zu Selena. Was er sagte, wurde nicht gehört. Selena, die immer noch eine Stelle, wo wir uns wertigsten legen können. Denn hier — Sie ichauen sich lächelnd nach allen Seiten um. Nein, das war denn doch zu prolaßig! Sie lagen sich von Brettern und von Requisiten aller Art umgeben. Klatterhaft arbeiteten sie sich nun vorwärts, bis ihnen endlich ein kleiner, mondäner Salon winkte.

„Weißt du schon, daß beim Großflugtag eine Nummer für das Amateur-Flieten angelegt ist?“ sagte Wolf Kampen mit leuchtenden Augen zu seiner Vater. „Das wird herrlich werden!“ Ich mache selbstverständlich wieder mit!“

„Bitte! Wirde man einen raschen verlobten Blick zu Stefan Kampen.“

„Schön, mein Junge! Ich kann mich so daran verlassen daß du vorfristig bist!“ war seine Antwort. „Wenn soll's denn los gehen?“

Wolf verzehrte mit Appetit seinen Hummer. Sie aßen bei Traube Abendrot, und der klare Rheinwein funktelt golden in den hohen Gläsern. „Wahrscheinlich am 1. August. Das hängt von den prominenten Kaufleuten ab. Es soll ein ganz unerhörtes Programm werden. Weder um Fietelen werden labelhafte Vorrichtungen machen für uns beiseite. Eine Amateur-Sportflieger sind nur 60 Minuten vorgelegen, obgleich wir vier Teilnehmer sind, darunter übrigens eine Dame.“ Wolf hielt inne und sah zu dem Geiger der Kapelle hinüber, der gerade die Barcarole spielte.

Brigitte bekam glänzende Augen und gerötete Wangen. Enttäuscht lag sie aus. Lächelnd trant sie Stefan zu und sagte: „Wir können endlich doch kein auf Wolf nicht wahr?“ Ihre Gläser klangen alle drei, zart mit Glöden, zusammen. „Wirst du wieder mit der Junkers-Maschine, „Möme“ fliegen?“

Als moderner Mensch des zwanzigsten Jahrhunderts der durch seinen unruhigen Beruf noch mehr im Strudel des Lebens land als andere, konnte Stefan Kampen einen Wettkampf seines Kindes, selbst in der Luft, nur wünschen. Hatte er ihn doch von klein an zum Sport gezogen, selbst mit ihm trainiert. So war Wolfgang gleich ihm zum gewandten, routinierten Sportsmann heranwachsend. Er fürzte sich vor nichts, war mutig, ausdauernd und geübt. Aber er war auch nicht übertrieben mangelhaft. Stefan durfte ruhig sein. Er würde es auch, wenn man ein anderes Datum wählte. So aber? Der 8. August stand ja vor der Tür! Warum mußte der Flug gerade jetzt starten? Schien das nicht ein mahrender Vorbote zu sein? Stefan wollte am liebsten seinem Sohne den Wettkampf ausreden. Aber bei den freudigstahlenden Augen Wolfs konnte er es nicht über sich bringen. Denn wäre er dann nicht in seinem Aberglauben ein egoistischer Erbe, der seinen allerersten Lieben die Freude verbarb? Und lo beherzeste er

(Fortsetzung folgt.)

„Herabsetzung der Heeresstärke“

Wortlautartikel um den Hooperplan.

Genf, 2. Oktober.

Das vom Büro der Abrüstungskonferenz eingeleitete Komitee, das in Ausführung der Resolution vom 23. Juli die Frage der Herabsetzung der Heeresstärken weiter behandeln soll, war zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten.

Da man sich nicht einig konnte, ob man sofort in eine Diskussion über den Hooperplan zur Herabsetzung der Heeresstärken eintreten solle, oder ob man, wie es der französische Delegierte Paul-Boncour vorgeschlagen hatte, zuerst die genaue Bedeutung des Wortes „effectifs“ bestimmen solle, hatte der amerikanische Delegierte Wilson dem Ausschuss detaillierte Vorschläge zum Hooperplan vorgelegt. Man kam nun zu einer Kompromißlösung, nach der man die Abnahme des Heeres und die Definition des Begriffes „effectifs“ parallel behandeln wird.

Das Komitee trat sodann in die Beratung des § 1 der amerikanischen Vorlage ein, der für die Berechnung der Heeresstärke eine Trennung zwischen den Polizeitruppen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind, und der Verteidigungsmacht gegen einen äußeren Angriff vorsieht. Der Vertreter von Gesamtfrankreich machte hierzu einen Vorbehalt, indem er die Trennung als künstlich bezeichnete, sich aber sonst zur Diskussion der amerikanischen Vorlage bereit erklärte. Die Diskussion wurde sodann vertagt.

Cupen-Malmedy will zurück!

Rundgebung der Vereinigten Landsmannschaften.

Krefeld, 3. Oktober.

Die 12. Jahrestagung der Vereinigten Landsmannschaften Cupen-Malmedys im Rathausausfall zu Krefeld schloß sich zu einer eindrucksvollen Rundgebung für die Wiederumgründung des deutschen Reiches an. In der Rede Professor Dr. Weglar, der erste Vorsitzende der Landsmannschaften, führte aus, die Frage Cupen-Malmedys dürfe nicht von anderen Sorgen in den Hintergrund gedrängt werden, handle es sich doch um die Vergewaltigung eines deutschen Gebietes, das durch einen Fehlspruch des Völkerbundsrats auf Grund unzutreffender Berichte vom deutschen Vaterlande abgetrennt worden sei. Auch in Belgien wisse man genau, daß die Frage Cupen-Malmedy nicht gelöst sei.

Aber noch immer bejahet der belgische Staat seine politischen Richtlinien aus Paris, wo der französische Generalstab Cupen-Malmedy als den linken Brückenkopf der französischen Befestigungsanlagen ansieht. Trotz aller Hindernisse aber werde die Hilfe der Mitte der befreundeten Bevölkerung, die nichts jenseitiger wünsche, als die Rückkehr ins Reich, durchsetzen. Cupen-Malmedy muß zurück zum Reich!

Im Namen der Stadt dankte Oberbürgermeister H. J. P. per den Landsmannschaften. Dann schloß Dr. Wirths, der zweite Vorsitzende der Landsmannschaften, den Rechtsstaat Cupen-Malmedys. Im großen Schlußsatz gelangdemalischer Grenzland bei Cupen-Malmedy nur ein kleiner Auschnitt, 60 000 Menschen künftigen hier in der Westküste des deutschen Volksbodens um ihr Selbstbestimmungsrecht, aber gerade ihrem Kampfe konnte besondere Bedeutung zu, geht er doch um die Erfüllung der Verträge, um das vertraglich zugesicherte Recht auf Selbstbestimmung, das im Jahre 1920 durchgeführt werden sollte, aber nicht durchgeführt worden ist.

„Dies ist der Ausgangspunkt, die Grundlage unserer Forderung: Erfüllung eines unversäglichem Anspruches, Forderung des unversäglichem Anspruches Cupen-Malmedys durch unbedingte Freigabe Abstraktion. Dieser Anspruch ist rechtlich so unerschütterlich, daß er von niemand mehr in der Welt angezweifelt wird!“

Die Trennung Cupen-Malmedys vom deutschen Mutterlande, so schloß Dr. Wirths seine Ausführungen, widerspricht der historischen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vernunft, und ihre Wiederherstellung gehört daher zu den Voraussetzungen für jede dauerhafte Befriedung Europas. Welt will diese Befriedung herzlich wollen, können wir für diesen Ziel, bekennen wir uns zu unserer Heimat, die ein unerschütterliches Ziel der deutschen Volksgemeinschaft und des Deutschen Reiches ist. Wie unsere Brüder drüben Deutschland die Treue halten, so geloben wir ihnen die Treue, geloben wir zäh, daran weiterzuarbeiten, daß der Gedanke des Rechtes Wirklichkeit werde.

Eröffnung der Luftparade

Berlin, 1. Oktober.

Am heutigen Sonnabendvormittag wurde auf dem Ausstellungsgelände am Tierparkdam die Deutsche Luftparade ausstellung Berlin 1932 (Dela) feierlich eröffnet. Die Ausstellung, die die größte ihrer Art ist, behandelt das gesamte große Gebiet des Luftverkehrs.

Hauptpunkt der Ausstellung ist, neben der Vorführung der gegenwärtig gebauten Flugzeuge zu zeigen, in welcher Richtung sich die Entwicklung der Luftfahrt bewegen kann. So wird ein Flugauto gezeigt, das aus einer internationalen Karosserie einer Apparatur dreierlei Windmühlentypen trägt. Neben dem Flugauto ist ein Amphibium, das Wochenendflugzeug der Zukunft, zu sehen. Außerdem sind etwa 20 Sportflugzeuge ausgestellt. Ein großer Raum nimmt der Segelflug in Anspruch. Ein besonderer Anziehungspunkt ist die Darstellung eines Stratosphärenballons, der an die denkwürdigen Luftflüge in die Stratosphäre erinnert. Auch die Maline G. V. Weinbrenns, mit der sie vor einiger Zeit ihre Weltreise beendet hat, ist ausgestellt.

„Elementar durchbrechender Volkswille“

Freiherr von Elz-Rübenack über die untragbaren Luftfahrtbeschränkungen.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter bezeichnet der Reichsrepräsentant Freiherr von Elz-Rübenack die bedeutende Entwicklung der deutschen Sportluftfahrt als das Ergebnis eines elementar durchbrechenden Volkswillens. Der deutsche Sportflug sei durch die Erkenntnis des deutschen Volkes und durch die Diskriminierungen des Versailleser Vertrages nach hinausgehenden Luftfahrtbeschränkungen des Pariser Abkommens von 1926 zum motorisierten Segelflug hingedrängt worden, und es liege ihm vergönnt gewesen auf diesem Gebiete in der Welt führend dazustehen. Eine Unterliegung der großen Entwicklung des deutschen Luftverkehrs durch das Reich werde — von der Finanzlage des Reiches abgesehen — durch die erwähnten außerordentlichen Bindungen unterlag. Der Minister aus der Ewartuna Ausdruck, daß, wie schon der

Europaplag, auch die deutsche Luftparadeausstellung der Welt darüber aufklären möge, daß eine Nation von der Leistungs-fähigkeit der Deutschen sich nicht auf die Dauer unterdrücken lasse.

„Vorfolgende Kündigung!“

Auslösung preussischer Ministerien.

Berlin, 1. Oktober.

Sämtlichen Angehörigen im preussischen Wohlfahrtsministerium, im preussischen Handelsministerium und im preussischen Handelsministerium ist seit dem 1. April nächsten Jahres gekündigt worden. Diese Maßnahme wird zwar nur als vorfolgende Kündigung bezeichnet.

In informierten Kreisen wird jedoch erklärt, daß dieses Vorgehen mit der geplanten Verwaltungsreform in den zentralen oberen Instanzen zusammenhängt. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß in den preussischen Staatsministerien die von den Ministerien für die Verwaltungsreform schon seit längerer Zeit angelegte Zusammenfassung nunmehr durch die Beteiligung einiger preussischer Ministerien in die Praxis überführt werden soll. Weiter wird man wahrscheinlich darauf abzielen, bestimmte preussische Ministerialaufgaben auf die vorhandenen Reichsministerien hinüberzunehmen, was vor allem bei der Landwirtschaft und vielleicht auch bei der Volkswirtschaft in Frage kommen soll.

Es wird die Zahl der preussischen Ministerien auf drei Weise noch weiter herab auf den Ministerpräsidenten — auf höchstwahrscheinlich vier bis fünf herabgesetzt, während man sicher als Ziel der Verwaltungsreform für die restlichen preussischen Ministerien eine Personalunion mit dem Reich erstrebt.

Neue Einseitige Verfügung gegen Goebbels

Berlin, 1. Oktober.

Nach dem Verlaß Scherl hat nunmehr auch der Verein Deutscher Zeitungsverleger eine einseitige Verfügung gegen den nationalsozialistischen „Angriff“ und seinen Herausgeber Dr. Goebbels erwidert, die eine weitere Verbreitung des Presseverlasses unterlag.

Keine Einheitsfront der Mittelparteien

Berlin, 1. Oktober.

Wie aus Kreisen der Staatspartei mitgeteilt wird, hat bei einer erneuten Zusammenkunft von Vertretern der Mittelparteien zu dem Zwecke eines Zusammenstufes der Mitte für die Reichstagswahl der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärt, daß keine Partei eine Vätervereinbarung mit Hugenberg zu tun wie abgeklüßten habe und in folgedessen für sie kein Interesse mehr für ein Zusammengehen der Mitte bestehe. — Der Christlich-Sozialer Volksdienst hat mitteilen lassen, daß seine Organe eine Verbindung mit anderen Gruppen abgelehnt hätten.

Nach diesen Erfahrungen muß der Zusammenstuf der Mitte als gescheitert angesehen werden.

Arbeitslosenfürsorge in Amerika

Elf Millionen Erwerbslose ohne Kurzarbeiter.

Newyork, 3. Oktober.

Der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat sich auf seiner letzten Tagung mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigt und Beschäftigte gefordert, die eine Preisgabe ihres traditionellen Widerstandes gegen die Einrichtung bedeuten. Dieser Widerstand hätte sich vor allem auf die Bestätigung, daß der Staat sich auch in anderen Fragen der Gewerkschaftspolitik einmischen würde.

Der Wandel in der Haltung der amerikanischen Gewerkschaften ist wesentlich auf die jüngere Wirtschaftskrise zurückzuführen und auf die Erkenntnis, daß die bisher als angemessen erachteten Untersuchungsmaßnahmen nicht ausreichen.

Nach den Schätzungen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes betrug die Zahl der Arbeitslosen im Juli dieses Jahres mehr als elf Millionen, dazu kommt eine große Zahl von Kurzarbeitern. Infolge der weiteren Verschlechterung der Lage ist die Zahl der Arbeitslosen im Juli dieses Jahres auf dreißig Millionen, und die Frage der Beschaffung der notwendigen Unterstützungsmittel steht deshalb im Vordergrund seiner Bemühungen.

Unter diesen Umständen ist der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes zu der Auffassung gekommen, daß die Einführung eines Arbeitslosenversicherungssystems eine zweckmäßigere und wirksamere Methode zur Bekämpfung der Unterstützungsmittel sei, als die bisher angewandten Maßnahmen.

Hilfer zu die Jugend

Potsdam, 3. Oktober.

Am Sonnabend und Sonntag wurde in Potsdam der erste Reichsjugendtag der NSDAP abgehalten. Etwa 50 000 Jugendliche aus allen Teilen des Reiches waren zu der Tagung erschienen und fanden in einem großen Zeltlager, das in Mädischer Arbeit errichtet worden war, Unterkunft. Als Auftakt des Reichsjugendtages fand am Sonnabendabend auf dem Sand- und Wasserplatz der Stadt Potsdam eine Massenunterredung der Hitlerjugend statt, auf der auch Hitler selbst das Wort ergriff. Die Berichte, die heute hier zu begeben, könnten, so führte er aus, nicht von oben herab gelingen, von denen, die in den Wäldern schliefen, sondern einzig und allein aus dem deutschen Volk. Den Gläubigen an Deutschlands Aufstieg dürfe niemand aufgeben. Hitler richtete dann einen Appell an die Jugend, nicht mitleidig zu werden im Kampf für Deutschlands Freiheit und Größe und stolz und kräftig für das deutsche Volk in Zeiten der Not und Gefahr einzutreten.

Der Sonntag führte am Morgen die Hitler-Jugend und das Jungvolk auf die Schiffsmeile bei der Ravensburg zur Weichselufer zusammen. Nach einer Ansprache des Reichsjugendführers Balduv von Schirach wurden neue neue Banner gemeißelt. Baldan jagte die Teilnehmer nach einem Marsch durch die Stadt an der Grotte Friedrichs des Großen vorbei. Als besondere Gefallenenerkung fanden sich beim Ein- und Ausmarsch im Stadion vor dem Ehrenmal der Potsdamer Kriegshelden die Fahnen. Mit einem Vorbeimarsch an ihrem Führer Adolf Hitler schloß der erste nationalsozialistische Jugendtag.

Am Sonntag feierte sich der Jugendtag zu seinem Höhepunkt. Nach Angaben der Aufmarschleitung betrug die Teilnehmerzahl über 90 000 Angehörige der Jugendorganisationen.

Aus der Heimat und dem Reich.

Aemberg, den 3. Oktober 1932.

Der Oktober im Volksmund. Der Oktober ist der erste richtige Herbstmonat. Von seinem Wetter lassen sich die verschiedensten Schlusfolgerungen auf den bevorstehenden Winter ziehen: „Sich die Blätter der Bäume fest, ein später Winter sich hoffen läßt.“ — „Ist der Weinmond warm und fein, kommt ein harter Winter herein.“ — „Warmer Oktober, kalter Februar.“ — „Ist der Oktober kalt, so macht er dem Novemberfall.“ — „Schneit's im Oktober gleich, dann wird der Winter weich.“ — „Hat der Oktober viel Regen gebracht, hat er gut die Acker bedacht.“ — „Im Oktober Frost und Wind, Jänner und Hornung gelind.“ Der 16. Oktober ist der Gallustag: „Bringt die Kuh in Stallen, denn St. Gallen läßt Schnee fallen!“ — „Auf St. Gallentag muß jeder Pappel in den Saft.“ — „Am Urula (21.) muß das Kraut hinein, sonst schneit Simon Juda (28.) drein.“ Draußen auf den Feldern wird der letzte Teil der Ernte eingebracht. Kartoffelfelder flammen auf, die Bäume verlieren ihr Laub, und die Menschen kehren in ihre Wohnungen zurück. Die Tage werden kürzer, die Nächte länger. Es dauert nicht mehr lange, bis der Winter kommt.

Einschränkung des Postverkehrs. Eine nicht verständliche Maßnahme verfuhr die Postverwaltung. Am heute fällt die Nachmittagspostbestellung weg; die Postfächer werden nur noch einmal ausgetragen. Es besteht aber die Möglichkeit für die Einwohner, die eingehende Nachmittagspost vom Postamt abzuholen, die Herausgabe erfolgt bereitwillig. Öffentlich macht die Postverwaltung sich bald wieder die Dative „Dienst am Kunden“ zu eigen; denn die Abänderung des Postverkehrs zur Erpressungsbeförderung dürfte nunmehr wieder prüfung werden.

Am Sonntag, den 9. und 16. Oktober sind die hiesigen Geldäfte von 11 bis 5 Uhr geöffnet. Wir empfehlen vor allen Dingen unseren Lesern in den ländlichen Gemeinden, an diesen beiden verkaufsoffenen Sonntagen ihren Herbst- und Winterbedarf einzukaufen.

NSDAP. Die hiesige Ortsgruppe nimmt am Sonntag, den 9. Oktober, die Weiße einer Sturmflut im Hotel Blauer Pöcht vor und veranstaltet gleichzeitig mit der Feier des 2. Gründungstages der Ortsgruppe einen Theaterabend mit anschließendem Tanz. Wir verweisen auf die Anzeige in heutiger Nummer.

Grober Unfug. In der letzten Nacht wurden an verschiedenen Stellen unserer Stadt Fenstergehäuse zerstört. In letzter Zeit ist wiederholt grober Unfug verübt worden. Öffentlich gibt die Polizei den Tätern einmal empfindliche Strafen, damit dieser Unfug endlich unterbleibt.

Gebit. Am 1. Oktober feierte die älteste Einwohnerin unserer Gemeinde, Frau Sophie Kolbe, ihren 90. Geburtstag in feiner geistiger Frische. Ihre Kinder und Kindesfinder ließen es sich nicht nehmen, an diesem Tage im Heim ihrer Mutter zu wohnen. Wir wünschen an dieser Stelle Glück und Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Salberbad. (Spartakusbücher und Dolanoten bei einem Bettelmann.) Die Romanik der Landfräule scheint noch nicht ausgestorben zu sein. Es gibt auch heute noch Bettelleute, die aus Liebe zur Sache zu den Zettelbrüdern halten. Das zeigte sich, als hier in seinen Zetteln mehrere Spartakusbücher über namhafte Spartakisten, ferner Dolanoten und Adressen. Der Bettelmann fehlte ein kleines Vermögen mit sich herum. Er konnte nachweisen, daß nichts von all dem Spartakial unerschämig erlangt war.

Offenes Geständnis findet milde Richter.

Halle. Am Donnerstag stand der Schneidermeister und Gemeindevorsteher Ende aus Petersberg vor dem hiesigen Amtsgericht, und zwar hatte er sich wegen Amtsunterschlagung und verbotenen Betrages zu verantworten. Der Angeklagte hatte noch und nach etwa 300 Mark aus der Gemeindekasse genommen. Als er sich nicht in der Lage sah, die Summe aus eigenen Mitteln zu erheben, ließ er der Unterschlagung noch einen Betrugsdiebstahl folgen, indem er einen Einbruch vorräufte. Die Ende vor Gericht in hohem Umfang geständig war, erhielt er nur drei Monate eine Woche Gefängnis mit dreitägiger Bewährungsfrist.

Konjunkturaufschwung in Mitteldeutschland

Halle. Die Zuderfabrik Mühlberg (Elbe) in Brottwitz will ihren Rübenlieferanten wegen des überaus großen Entzuges des 23. Proz. Rüben über das festgesetzte Kontingent abschnüren. Die Zuderkampagne beginnt am 18. Oktober und dauert sechs bis sieben Wochen. Ueber 100 Leute werden hier Beschäftigung finden.

Die Wandelrüttel G. m. b. H. Halle hat die Beschaffung ihrer Ueberlandwerke auf Grund der Notverordnung um 25 Prozent erhöht und umfangreiche Arbeiten an den Rettungsanlagen in Angriff genommen. Bereits am 1. Oktober sind an den Ueberlandwerken Bände, Bretelien und Deneren mit dem Bau von Schiffsstationen und den dazugehörigen Wohnungen begonnen.

Die Schokoladenfabrik Wolf G. m. b. H. in Halle hat wegen günstigeren Geschäftsganges Einteilung von 70 männlichen und weiblichen Arbeitern vorgenommen.

Die Mittelwerte weisen entgegen zuzutreffenden Darstellungen darauf hin, daß an eine Senkung der tariflichen Lohnbedingung bei ihnen nicht gedacht ist.

„Tribüne“ Drucker unter hofvertragsverdracht

Magdeburg. Gegen das Personal der Drucker der kommunikativen Tageszeitung „Tribüne“ ist vom Oberreichsanwalt in Leipzig Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes eingeleitet worden, weil die Drucker in Verdracht mit der hiesigen Schlichter hergestellt zu haben. Im Zusammenhang damit nahm die Drucker hiesige Polizei in der Drucker der „Tribüne“ mit Berliner und Magdeburger Kriminalpolizeibeamten eine Hausdurchsuchung vor, die zur Verfestigung und Beschlagnahme einer Notationsmaschine führte. Auch einige Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

Beschwerde der Magdeburger „Tribüne“ besprochen. Magdeburg. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts

hat die Beilage der in Magdeburg erscheinenden kommunistischen Tageszeitung „Reibne“ gegen das vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ausgesprochene Verbot als unbegründet festwiegend zurückgewiesen. Das Verbot war erfolgt, weil in zwei Artikeln in dieser Zeitung die Reichsregierung beschimpft und sie sowie die Polizei böswillig verächtlich gemacht worden sind.

Einigung im Weihenfelder Schuhstreit

Weihenfeld. Um einen Verzicht zur Beilegung des Arbeitskampfes in der Weihenfelder Schuhindustrie zu machen, hatte der Schlichter für Mitteldeutschland die Parteien zu einer Einigungsverhandlung auf den 1. Oktober nach Leipzig eingeladen. Nach längerer allgemeiner Aussprache, die in Gegenwart des Schlichters stattfand, schlossen dann die Parteien ohne dessen Gegenwart eine Vereinbarung, durch die der Arbeitskampf beendet wurde.

Wirtschaftshilfe durch Tarifsenkung

Zur Nachahmung empfohlen!

Halle. Die Werke der Stadt Halle haben zur Förderung der Wirtschaftshilfe beschlossene, folgende Gebührenermäßigungen einzuführen:

1. Für Heizen und Gewerbe den Mehrverbrauch an Gas und Elektrizität, der 80 Prozent des Vorjahres übersteigt, um 30 Prozent zu ermäßigen. Die Guthabenschriften werden in der Form einer Mengenermäßigung gewährt.
2. Für Haushaltungen, in denen Gas-Warmwasserbereiter betrieben werden, den Gaspreis durch Sonderzähler um etwa 15 Prozent zu ermäßigen.

3. Den Festpreis bei Haushaltszählern für Elektrizität um etwa 25 Prozent zu ermäßigen.
Die vorstehenden Maßnahmen setzen mit der Abgabe ein, die am 1. November 1932 beginnt, und zwar für den zurückliegenden Verbrauchsabschnitt (also Monat Oktober).

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am 29. September 1932.

(Fortsetzung.)

2. Einführung einer Filialsteuer. Zum Schutze der heimischen Handel- und Gewerbetreibenden schlägt der Magistrat vor, bei der Regierung die Genehmigung zur Einführung der Filialsteuer zu beantragen. Erfasst werden von dieser die Filialgeschäfte, deren Geschäftsbetriebe außerhalb Kembergs liegen. Beantragt soll werden der Höchstbetrag von 20 % der Gemeindesteuer. Der Ertrag wird zur Arbeitsbeschaffung der Wohnfabriks- und Kriemepfänger verwendet. Vom. Gerber teilt mit, daß aller Voraussicht nach wieder zwei Filialbetriebe nach Kemberg kommen, der Gewerbebeitrag der hiesigen Gewerbetreibenden wird zurückgehen und damit auch die Steuerentnahme der Stadt. Aus diesen Grund: sei die Erhebung notwendig. Die Filialsteuer würde in Kemberg 324 % betragen. Allerdings sei die Erhebung bzw. Neueinführung von Realsteuern nicht zulässig, aber die Regierung kann gewisse Ausnahmen zulassen. Ob sie genehmigt wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Sen. Nischke spricht sich gegen die Einführung aus, da die Steuer wieder die Verbraucher trifft, also die Arbeiter der Firmen, auch dem Kleinlandwirt

würden die Waren dadurch verteuert. Es ist eine Interessensteuer. Den gleichen Ausführungen schließt sich Stv. Quinke an, da der Betrag dieser Steuer wieder auf die Ware aufgeschlagen wird. Es ist ferner, daß der Antrag für die Steuer von einer Partei kommt, die sich sozial nennt Bürgermeier Gerber erwidert auf diese Ausführungen, daß den beiden Rednern diese Steuer doch angenehm sein müßte, weil sie sich gegen die großkapitalistischen Betriebe richtet, denen macht es nichts aus, in einer Filiale ein ganzes Jahr mit Verlust zu arbeiten, um dadurch die Existenzgrundlage einer ganzen Reihe von Geschäftseuten zu untergraben. Und eine Verteuerung des Konsums bereins komme ja doch nicht in Frage, wenn er nicht mehr als 5 % Dividende verteilte. Stv. Knat bittet um Vertagung, da erst einmal festgestellt wird, was die Steuer einbringt. Bürgermeister Gerber bittet die Stadtverordneten im Interesse unserer fernersahenden Gewerbetreibenden der Vorlage zuzustimmen. Nur Antrag des Stv. Hamann erfolgt die Abstimmung. Die Vorlage wird angenommen.

3. Zuschlagerteilung auf Grundstücksverpachungen. Das Pachtergebnis zeigt große Ungleichheiten. Der Landwirtschaftsausgleich schlägt vor, in besonders trassen Fällen einen Ausgleich herzustellen durch die unparteiischen Herren Robert Döhne und Otto Schulze. Der Magistrat hat sich diesen Vorschläge nicht angeschlossen, da er rechtlich und praktisch nicht durchführbar ist und zu Weiterungen Veranlassung gibt; er empfiehlt daher den Stadtverordneten die Zuschlagerteilung mit Ausnahme einer Parzelle, die zum Preise von 40 RM, dem bisherigen Pächter wieder zugeteilt werden soll, weil dieser an der Verpachtung nicht teilnehmen konnte und den Acker bereits bebaut hat. Sen. Vogel teilt mit, daß das Pachtergebnis mit 80 RM über den Friedenspreis liegt. Er bittet, dem Vorschläge des Ausschusses zuzustimmen, da einige Parzellen sehr teuer, andere wieder zu billig seien. Bei den teuren Parzellen dürfte nach kurzer Zeit doch das Pachtergebnis anrufen werden. Stv. Knat hält diesen Weg nicht für richtig. Entweder der Zuschlag wird erteilt oder es wird noch mal verpachtet. Bürgermeister Gerber ist der Ansicht, daß der Vorschlag des Ausschusses richtig gemeint aber sehr schwer durchzuführen sei. Er würde sich bei Annahme sicher Rückwirkungen bei anderen Verpachungen einstellen. Stv. Jaefel glaubt, daß alle Pächter, die ihren Acker infolge der höheren Pacht loswerden wollen, bei einer Ermäßigung der Pachtsumme einverstanden sein würden. Stv. B. Ludewig macht den Vorschlag die Zuschläge zu erteilen bis auf die Parzellen, die zu billig seien. Stv. Gärtner hält den Ausschussantrag für leicht durchführbar, da nur einige Parzellen in Frage kommen. Hierauf schließt die Aussprache, der Antrag des Magistrats wird angenommen.

4. Ankauf eines Grundstücks. Die Verammlung erteilt die Zustimmung zum Ankauf eines Waldgrundstücks in Nienitz vom Verkäufer Robert Döhne zu Preise von 600 RM.

5. Anschaffung eines Eisenmastes für das Elektrizitätswerk. Der Ausschuss stellt den Antrag, den Wandträger am Clauschen Grundstück, der durch den letzten Sturm

stark beschädigt wurde, durch einen Eisenmast zu ersetzen. Kosten ca. 275 RM. Die Verammlung erteilt die Zustimmung. Sen. Nischke teilt mit, daß der Eisenmast sowie auch die 6 letzten durch Unfallarbeiter Strafw geliefert wurden. Die Betonarbeiten durch Bauunternehmer Wiebke.

6. Landerkauf an den Provinzialverband für Chauffee-Erweiterung. Die Verammlung ist mit dem Verkauf zum Preise von 20 Pf. pro qm einverstanden.

7. Kenntnisnahmen a) von der Beschäftigung der Wohnung des Polizeihauptwachmeisters Schmeiß. Eine Veränderung ist augenblicklich nicht möglich, soll aber erfolgen, sobald der Umbau der Schule erfolgt. Bei diesem sollen Räume für das Museum mit geschaffen werden, b) von dem zeitweiligen Abbruch der Notlandsarbeiten, bei der Eingang der in Aussicht gestellten Gelder von seiten einiger Hühnerfamilien ausgeblieben ist, weil in deren Gebieten noch nicht gearbeitet worden ist. Auch der Deichverband weigert sich, Gelder herzugeben, da es nicht mehr Gebiet des Verbandes sei und er Wohnfabrikerwerbshofe von Kemberg eingekauft habe. Hierzu teilt Vom. Gerber mit, daß die Stadt dem Deichverband die Unterfertigungsgelder für die Arbeiter gegeben hat und dieser hat aus eigenen Mitteln nur die Differenz getragen. Durch Verhandlungen mit dem Arbeitsamt sei es ihm aber gelungen, noch Gelder hereinzubekommen, sodas noch einige Zeit gearbeitet werden kann, c) Vom Gerber teilt mit, daß dem Ratstellerverordn. Gehilfen worden sei. Stv. Gärtner wünscht die Gründe zu erfahren. Auf Antrag des Stv. Knat wird die Aussprache in die geheime Sitzung verlegt, d) Vom Gerber gibt bekannt, daß sämtliche Weihenfelder auf dem Magistratswahlloosschlag des Bürgerclubs die Annahme des Amts abgelehnt haben. Nimmher Bünte eine Neuwahl vorgeschlagen, e) eine Anfrage wegen Ausschreibung der Nachtwächterstelle wird nach beantwortet, daß der jetzige Stelleninhaber nicht offiziell als Nachtwächter angestellt gewesen sei, f) Stv. Nischke fragt an, vor die Restkosten nach Verlegung für den Vom. Gerber, Stv. B. Ludewig und Stv. Hamann bezahlt. Ihm wird erwidert, daß die Reste zur Klärung der Frage der Amtsübertragung des Sen. Schäfer erfolgt sei. Weihenfelder seien nicht beantragt, g) an der Ausschreibung der Kleinbahn hat Vom. Gerber teilgenommen. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß in diesem Jahre keine Dividende verteilt werden kann und das als helle Aufschlagsvorsorge der Vom. Gerber gemacht worden sei. Er hält es jedoch für empfehlenswert, daß der Vertreter der Stadt, die doch die größte Summe gegeben habe, unbedingt im Vorlande vertreten sein müßte, denn sie habe doch das größte Interesse an der gezielten Weiterentwicklung unserer Kleinbahn, h) auf Vorschlag des Magistrats werden für die Feuerwehr drei Gasmasken beschafft und ein Angebot für einen Schlauchwagen eingeholt. Hierauf geheime Sitzung.

Dienstag, den 4. Oktober, abends **Bibelstunde** 8 Uhr im **Bürgeraal** Prediger Westermann-Wittenberg. Hierzu wird herzlich eingeladen.

Den Ziegenbesitzern

zur Kenntnis, daß alle deffähigen Ziegen laut Gesetz vom 14. Dezember 1920 den in der Genossenschaft Kemberg vorhandenen geförten Ziegenböden zugeführt werden müssen. Die Verpflichtung zur öffentlichen Ausführung des Deffschafes haben wir von der Gemeinde übernommen. Die polizeilichen Ausführungsbestimmungen besagen folgendes:

1. Wer keine Ziegen zu nicht geförten Böden führt, kann im Ernstfalle mit 150 RM oder entsprechender Haft bestraft werden, selbst aus fremder Hand gekaufte Böde, das heißt Böde, welche der Besitzer nicht selbst gezeichnet hat, fallen unter dieses Verbot. Wir werden schärfste Kontrolle üben und jeden Fall unnaehsichtlich zur Anzeige bringen und das Deffged nachträglich einziehen lassen. Deffschaine im voraus beim Bäckermeister D. Busch, Standort der Böde bei **Herrn Knat**, Leipziger Straße 25, Deffschein 2.- RM bis auf Widerruf.

Kemberg, den 8. Oktober 1932.

Der Vorstand.

Prima frisches **Rindfleisch und Flecke** empfiehlt **Heinrich Schneider**

Prima frisches **Rindfleisch frische Flecke** empfiehlt **Willy Näs**

Zur Saatbeize empfehle ich:

Kupfer-Vitriol
Germisan
Abavit | Trocken-
Tutan | beize
Rudolf Huhn

Lenatol best. Messingpulvermittel erhältlich bei **A. Arnold**, Markt

Empfehle heute eintreffend **ff. Bollbücklinge** **Aale, ger. Schellfisch** **Lachsheringe**

ferner zum **Mittwoch** blutfrisch **Schellfisch, Kabliau** **Goldbarsch, Fischfilet** Gleichzeitg meiner werten Kundschaft zur geß Kenntnis, daß der See- fischverkauf, um stets mit preiswerter und frischer Ware zu dienen, bis auf Weiteres **Mittwochs** stattfindet.

Richard Sempelhof **Morgen Dienstag** von früh 1/8 Uhr an

ff. Speckfuchen **Bäckerei Berndt**

Wagenfett **Stauferfett, Lederfett** **Lederlack** **Maschinenöle** empfiehlt **W. W. Becker**

Zigarettenpapier empfiehlt **Richard Arnold**

Schwarze Brieftasche mit Papieren an der Försterstraße-Deck Nr. 1 verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

4 Zimmerwohnung Stallung u. Keller, sofort zu vermieten. **Kleine Wohnung mit Zubehör** ab 1. November. Anfragen unter R. S. 22 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Für die vielen Aufmerksamkeiten, Blumen und Geschenke, welche mir zu meinem 80. Geburtstag dargebracht wurden, danke ich hierdurch herzlichst. **Wilhelmine Leibnitz**

Ev. Jungmädchenbund **Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr** Beginn der regelmäßigen **Bersammlungen** **Der Vorstand.**

Der Stahlhelm

Bund der Frontsoldaten **Mittwoch, den 5. Oktober, abends 1/9 Uhr** im Hotel Palmbaum **Bersammlung** betr. Wehrposten am 15. und 16. Oktober. Erscheinen sämtlicher Kameraden ist Pflicht. — Anzug: Klust. **Der Ortsgruppenführer**

NSDAP Ortsgruppe Kemberg veranstaltet am **Sonntag, den 9. Oktober 1932, im Hotel Blauer Hest**

Sturmflammen-Weihe

verbunden mit der 24rigen Gründungsfeier der **Ortsgruppe Kemberg** Aus der Vortragsfolge sind besonders hervorzuheben die Aufführungen **Durch Nacht zum Licht** 8 lebende Bilder mit Prolog

Heimattonne, Heimaterde Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen Anschließend

Deutscher Tanz

Eintritt: 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 50 Pf. **Beginn punkt 7 Uhr** Alle defffähigen Volksgenossen sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen **Die Ortsgruppenleitung**

Zur **Neuanfertigung**, sowie **Umarbeitungen, Reparaturen** **Zahnersatz** von **gestiftet auf langjährige Erfahrung, empfiehlt sich** **Jungard Meier, Zahnpraxis, Kemberg, Markt 8 11**

Sonabend abend 6 Uhr verschied nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

der Ausziger Albert Semmer

im 66. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen aller Hinterbliebenen **Richard Semmer**

Reuden, den 3. Oktober 1932 Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 1/3 Uhr vom Trauerhause aus statt

